



Rotkehlchen

Stadtteilzeitung für Endenich und Weststadt

Oktober 1984

Lage beim Lehrstellenangebot katastrophal

SPD: Gebt der Jugend eine Zukunft!

Gemeinsame Aktionen von Wirtschaft, Bund, Ländern und Gemeinden gefordert

Die Jungen und Mädchen, die Ende August noch einen Ausbildungsplatz suchten, könnten zweimal das Gelsenkirchener Parkstadion, das Stadion von Schalke 04, füllen: 130.000 unversorgte Ausbildungsplatzbewerber (so heißt das im Amtsdeutsch) registrierten die Arbeitsämter. Dem standen nur noch 32.000 offene Stellen gegenüber.

Heute, sechs Wochen später, ist eine nennenswerte Verbesserung kaum zu erkennen. Noch immer haben knapp 100.000 Jugendliche keine Lehrstelle! Dazu gehören nämlich auch die Jugendlichen, die sich in einer Vorbereitungsmaßnahme der Bundesanstalt für Arbeit befinden und deshalb heimlich aus der offiziellen Statistik gestrichen werden.

Daß die Lage für die Jugendlichen insgesamt katastrophal ist, spiegelt sich auch in folgenden Zahlen: Ende Juni 1984 - diese

groß, aber lösbar. Der Bundesminister der Finanzen hat zur Zeit 1,7 Milliarden übrig, die er als Zuschüsse an die Bundesanstalt für Arbeit im laufenden Haushaltsjahr vorgehen hatte. Es ist absolut unverständlich, warum die Bundesregierung diese Summe nicht unverzüglich zur Überwindung der Ausbildungs- und Arbeitsplatznot der Jugend einsetzt. Niemand braucht auf eine Lehrstelle zu verzichten, wenn die Bundesregierung jetzt handelt. Mit den der Bundesregierung zur Verfügung



„Das war 'ne Mikrofonprobe ...“

NRZ-Zeichnung: Hatzinger

Zahl wird nur am Ende jeden Quartals erhoben - waren bei den Arbeitsämtern 502.409 Arbeitslose unter 25 Jahren gemeldet. Die Zahl der Jugendlichen unter 20 Jahren, die monatlich ausgewiesen sind, stieg von Ende Juni bis Ende Juli um 32.857 auf 170.352!

Angesichts dieser schlimmen Entwicklung appelliert die SPD: gebt der Jugend eine Zukunft! Sie fordert eine gemeinsame Aktion "Solidarität mit den Jungen" von Wirtschaft, Bund, Ländern und Gemeinden. Der SPD-Politiker Wolfgang Roth: "Die Probleme sind

stehenden Etatmitteln kann über 150.000 Jugendlichen unbürokratisch und schnell geholfen werden."

Und: "Die Koalitionsfraktionen haben im Winter des vergangenen Jahres mit dem Hinweis auf die Mehrbelastungen des Bundeshaushalts 1984 ein Sofortprogramm zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit abgelehnt. Die Argumente von damals ziehen spätestens heute nicht mehr. Das Geld ist da. Jetzt braucht nirgendwo sonst eingespart zu werden. Die Bundesregierung hat es in der Hand:



Übrigens:

Unsere Bundestagsabgeordneten leben in ständiger Lebensgefahr. Das mußten die Mitglieder der Bezirksvertretung Bonn im September erfahren.

Die Verwaltung beantragte, die Herrmann-Ehlers-Straße, die Bundestag und den langen Eugen voneinander trennt, für den Durchgangsverkehr zu sperren. Diesen Wunsch jedenfalls hatte die Verwaltung des Bundestags an die Stadt herangetragen.

Die jetzige Situation ist auch wirklich gefährlich:

Da sitzen die Abgeordneten während einer Plenarsitzung im Bundestag in ihren Räumen im langen Eugen. Aber da läßt man sie ja nicht in Ruhe, immer wieder werden sie aufgeschreckt, dann nämlich, wenn drüben eine Abstimmung stattfindet.

Was dann passiert, das führt zu den für das Leben unserer Volksvertreter so gefährlichen Situationen.

Den Lemmings gleich, wandern sie plötzlich zu Hunderten über besagte Straße, an nichts anderes denkend als an das Wohl des deutschen Volkes.

Und genau in dieser Situation sind sie dann, da an nichts anderes denkend und so die Außenwelt nicht wahrnehmend, völlig schutzlos heranrührenden Autofahrern ausgeliefert.

Es ist wohl jedem klar, der Zustand ist unhaltbar!

Aber muß man die Straße gleich ganz sperren? Da gibt es doch noch die in Bonn ach so beliebte Tunnellösung. Sie wird doch schon mit Erfolg bei Erdkröten angewandt. Oder eine Schranke, die bei Bedarf geschlossen werden kann.

Schließlich könnte man sich ja auch noch ein neues Verkehrsschild einfallen lassen, etwa "Achtung - Abgeordnetenwechsel". Obwohl die zahlreichen Wildschäden den Erfolg solcher Maßnahme fraglich erscheinen lassen.

Wie wär's mit einem Ideenwettbewerb? Erster Preis: Eine Dauerbesuchskarte für den Bundestag.

Gebt der Jugend eine Zukunft!"

Für Arbeitslose, besonders für jugendliche Arbeitslose, hat unser Bundeskanzler immer ein paar warme Worte bereit. Aber mehr auch nicht! Der fortschreitende Sozialabbau hat gerade große Teile dieser Gruppe an den Rand der Existenzgrundlage gebracht. Ein Beispiel: Nach dem Haushaltsbegleitgesetz 1984 erhalten seit Jahresbeginn Arbeitslose ohne Kinder nur noch 63% (statt 68%) des früheren Arbeitsentgelts. Die Arbeitslosenhilfe wurde von 58 auf 56% des Arbeitsentgelts abgesenkt.

Von dieser Regelung sind fast alle arbeitslosen Jugendlichen betroffen. Für diejenigen, die im Anschluß an ihre Ausbildung arbeitslos werden, sieht es noch schlimmer aus: Die Berechnung

ihres Arbeitslosengeldes bzw. ihrer Arbeitslosenhilfe erfolgt anhand eines "fiktiven" Arbeitsentgelts, richtet sich also nach dem Durchschnitt dessen, was sie verdienen könnten. Davon wird jedoch auch nur ein bestimmter Prozentsatz angerechnet - und der wurde von 75 auf 50% abgesenkt. Konkret heißt das:

→ Betrag des Arbeitslosengelds, bemessen vom fiktiven Arbeitsentgelt vor 1984 51%, so sind es seit diesem Jahr nur noch 31,5%.

→ Betrag der Arbeitslosenhilfe, bemessen am fiktiven Arbeitsentgelt vor 1984 43,5%, so sind es jetzt nur noch 28%.

So schreibt sich "Hoffnung, Mut und Zuversicht" auf christdemokratisch-liberal in Zahlen!

ergeben, daß die NRW-SPD zur Zeit im Meinungsbild der Bevölkerung mit rund 47% (CDU: 39%) führt.

Die absolute Mehrheit bei der Landtagswahl im kommenden Mai ist damit wieder in greifbare Nähe gerückt.

Eine klare Absage erteilt Rau einer großen Koalition mit der CDU: "Das wird immer wieder vom Oppositionsführer hochgebracht. Ich denke, er tut das, damit die Grünen hier Rückenwind bekommen, und deshalb halte ich das für verantwortungslos."

Oder sollte Bernhard Worms einen Wahlerfolg der CDU bereits abgeschrieben haben? Auf eine Koalition mit der Splitterpartei FDP kann er wohl nicht mehr bauen!

GERHARD JAHN

Bundesjustizminister a.D.

spricht zum Thema

ZWEI JAHRE REGIERUNG KOHL SIND GENUG !

am 30. Oktober um 20 Uhr

Gaststätte Harmonie, Frongasse

Ist die CDU/CSU-FDP - Regierung unter Bundeskanzler Kohl, die vor zwei Jahren antrat, die politische Wende in der Bundesrepublik einzuleiten, bereits am Ende?

Gerhard Jahn, parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion und ehemaliger Bundesjustizminister, bejaht diese Frage. Ihm wird es, als einem der besten Kenner der politischen Szene in Bonn, nicht schwerfallen, zahlreiche Belege für sein Urteil beizubringen.

Es ist in der Tat erschreckend zu sehen, wie das außenpolitische Gewicht der Bundesrepublik binnen kurzem verspielt wurde, die Deutschlandpolitik zunehmend in die Sackgasse gerät und die Ostpolitik in Scherben fällt.

Wenn's dafür wenigstens den versprochenen wirtschaftlichen Aufschwung gäbe! Stattdessen muß man sinkende Realeinkommen bei Arbeitern und Angestellten, Rentenkürzung und Sozialabbau auf allen Ebenen sowie steigende Arbeitslosenzahlen registrieren.

Der Schaden, den die Regierung Kohl anrichtet, wird von Tag zu Tag größer. Unzählige Pannen und Skandale, endlose Streitereien, Ausweichen vor politischen Entscheidungen runden das Bild einer unfähigen Regierung unter einem unfähigen Bundeskanzler ab. Wie lange können wir uns eine solche Regierung noch leisten?

UNSERE LIEDER SIND GESCHWISTER

Kurdisch-Türkisches Konzert
Samstag, 10. November, 19 Uhr
Poppeldorfer Mensa, Unkostenbeitrag: DM 10



In der letzten Ausgabe war sie leider der politischen Aktualität zum Opfer gefallen, die neue Bürgerschützenkönigin von Enderich. Nun wollen wir die Gratulation an Dorothea Braun nachholen. Herzliche Glückwünsche Ihr und allen anderen neugekürten Würdenträgern!

SPD schafft's allein

Anbiederung an die Grünen in Nordrhein-Westfalen kein Thema

Was wird nach der nächsten Landtagswahl im Mai 1985 werden? Wer wird wohl mit wem koalieren. Der Spekulation scheinen im Moment keine Grenzen gesetzt zu sein. Der Vorsitzende der nordrhein-westfälischen SPD hat die Situation klargestellt.

"Ich habe zu keinem Zeitpunkt über Koalitionen mit den Grünen gesprochen, ich habe das auch nicht vor, denn ich will eine absolute Mehrheit." Mit diesem Worten reagierte Ministerpräsident Johannes Rau auf Fragen nach möglichen Bündnissen im kommenden Landtag.

Die Landesverfassung von Nordrhein-Westfalen, so der Minister-

präsident, lasse auch keine Vergleiche zur Situation in Hessen zu. Anders als dort genügt in Nordrhein-Westfalen bei der Wahl des Ministerpräsidenten im dritten Wahlgang die einfache Mehrheit.

Der stellvertretende SPD-Vorsitzende bezeichnete diesen Fall allerdings als hypothetisch. Tatsächlich haben neuere Umfragen

Denkzettel für die Etablierten

CDU mit den größten Verlusten

Die Kommunalwahl 1984 ist gelaufen, die ersten Ergebnisse liegen vor. Die Parteien versuchen sich in ersten Bewertungen. Für die Verkündung genauerer Analysen braucht es noch einiges Studium der Zahlen.

Wahlkreis		Wahlberechtigt	gültige Stimmen	CDU	SPD	FDP	Grüne	sonst.
Endenich I	79 abs	4.409	2.914	1.622	931	252	105	14
	%		100	55,5	31,8	8,6	3,6	0,5
	84 abs	4.369	2.761	1.348	835	200	373	5
	%		100	48,8	30,2	7,3	13,5	0,2
Endenich II	79 abs	5.835	3.669	1.919	1.112	425	193	20
	%		100	52,3	30,3	11,6	5,3	0,5
	84 abs	5.335	3.333	1.525	960	323	516	9
	%		100	45,7	28,8	9,7	15,5	0,3

Hohe Verluste bei der CDU, mittlere Rückgänge bei der SPD, geringe Einbußen bei der FDP und satte Zunahmen für die Partei der Grünen, so läßt sich das Ergebnis der Kommunalwahl vom 30. September kurz zusammenfassen. Im Gesamtergebnis der Stadt Bonn haben die Grünen jetzt 12,5% der Stimmen (1979: 4,1%). Die FDP hielt sich mit 9,5% (1979: 10,2%) verhältnismäßig gut. Die SPD verlor 3,0% der Stimmanteile und liegt nun bei 28,9%, während die CDU von 53,2% auf 48,8% zurückging.

Im Verbreitungsgebiet des ROTKEHLCHENS zeigen sich interessante Abweichungen vom gesamtstädtischen Ergebnis. "ROTKEHLCHEN-Gebiet" sind die beiden Wahlkreise Endenich I und Endenich II. Das ist Endenich mit dem Hügel und in der Weststadt die Wohngebiete nördlich der Endenicher Allee bis Haydnstraße einschließlich der Wohnbezirke nördlich der Endenicher Straße.

Hier ging der Stimmenanteil der CDU überdurchschnittlich stark zurück. Sie liegt jetzt deutlich unter 50%. Etwas weniger als im übrigen Stadtgebiet wurde die SPD gerupft. Trotzdem landete sie knapp unter 30%.

Die Pünktchenpartei verlor 1,7% und bewegt sich langsam auf das 5%-Fallbeil zu.

1979 waren die Grünen noch unter dieses Beil geraten, nun präsentieren sie sich mit einem Gewinn von über 10% und liegen mit knapp 15% fast doppelt so hoch wie die Freien Demokraten.

Man kann dies nur als saftigen Denkzettel für die etablierten Parteien werten. Die Bürger meinen wohl, daß weniger über Umweltschutz gestritten und mehr dafür getan werden soll.

Man darf gespannt sein, wie die Grünen ihre zum Teil extremen Vorstellungen auf diesem Gebiet in die politische Alltagsarbeit einbringen. Ganz ohne Kompromisse wird es da nicht gehen.

Lärmbelästigung beenden!

SPD will Autobahn abdecken

Die Anwohner der Autobahn klagen seit Jahren über den Lärm. Die SPD griff das Anliegen auf. Bedeutet das Hoffnung für die Betroffenen? Die CDU griff mal wieder zu ihrer Verzögerungstaktik nach dem Motto: Recht habt ihr, aber Geld gibt es nicht.

Schon 1973, also vor mehr als zehn Jahren, hatte die SPD eine Anfrage an die Verwaltung der Stadt Bonn gerichtet, in der sie wissen wollte, ob eine Abdeckung der Autobahn zwischen dem Endenicher Ei und der Brücke am Wiesenweg technisch möglich sei und wie hoch die Kosten dafür wären.

Grund für die Anfrage war der Umstand, daß Anwohner der Autobahn in diesem Abschnitt unerträglichen Lärmbelästigungen ausgesetzt waren. Zudem bildet die Autobahn eine Trennungslinie zwischen Endenich und dem Musikerviertel, die von der Bevölkerung als nicht sehr erfreulich angesehen wurde.

Technisch sei das durchaus möglich, antwortete damals die Verwaltung, und die Kosten rich-

teten sich danach, was auf diesem Deckel geschehen sollte.

Würde man darauf eine Bebauung vorsehen, wie damals von der SPD überlegt, wäre die Maßnahme natürlich erheblich teurer als legte man nur eine Grünfläche an. Aus statischen Gründen müßte erheblich mehr Aufwand betrieben werden.

Im September dieses Jahres hat die SPD erneut dieses Thema aufgegriffen. Sie brachte einen Antrag im Rat ein, der die Verwaltung beauftragen sollte, die Baumaßnahme durchzuführen und die so entstandene Fläche für eine Grünanlage mit Spielplatz und Begegnungsstätte für die Bürger zu nutzen. Die Maßnahme sollte in die Planung für den Umbau des Endenicher Eies einbezogen werden und die dafür

notwendigen Mittel in die Haushaltspläne 1985 bzw. 1986 eingestellt werden.

Die CDU hat diesen Antrag mit ihrer Mehrheit abgeändert. Sie will damit verbinden, daß die Autobahn aus und in Richtung Meckenheim wieder an das Endenicher Ei angeschlossen wird.

Dagegen wird sich die SPD mit aller Energie wehren. Der Grund für die CDU-Pläne liegt auf der Hand. Mit der Anbindung der Meckenheimer Autobahn an's Ei soll der Verkehrsdruck auf die Viktoriabrücke noch verstärkt werden, um hier das notwendige Verkehrschaos zu schaffen. Das soll dann zur Begründung der Unumgänglichkeit einer zweiten Viktoriabrücke dienen.

Das wird die SPD nicht mitmachen. Der aus Richtung Meckenheim in die Innenstadt fahrende Verkehr geht heute weitgehend über den Verteilerkreis und den Nordzubringer. Dort soll er auch weiterhin fließen und nicht die Wohngebiete beiderseits der Endenicher Straße zusätzlich belasten.

Die SPD will durch die Abdeckung der Autobahn zwischen Ei und Brücke am Wiesenweg zweierlei erreichen.

Einmal soll den lärmgeplagten Anwohnern der Autobahn endlich wirksam geholfen werden.

Zum zweiten biete die entstehende Fläche eventuell die Möglichkeit, die in einer der letzten Ausgaben des ROTKEHLCHEN dargestellte Verkehrsberuhigung des Musikerviertels zu verwirklichen. Sie biete Platz für eine schmale Verbindungsstraße zwischen Endenicher Straße und Endenicher Allee, die Unterbrechung der Straßenzüge Kaufmannstraße und Malteserstraße/Wesendonckstraße durch Sperrriegel könnte ermöglicht werden.

Den von der SPD verfolgten Zielen stimme die CDU zwar auch zu, jedoch war sie nicht bereit, die dafür nötigen Mittel bereitzustellen.

Wieder einmal versucht die CDU, den Bürger über's Ohr zu hauen. Wieder einmal wird verbal eine Menge getan, und wieder einmal droht es dabei zu bleiben. Die SPD wird hier weiter Druck machen!

Hausaufgabenhilfe sucht Helfer

Vor mehr als drei Jahren gründete die Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen im SPD-Ortsverein Bonn-West eine Hausaufgabenhilfe für ausländische und deutsche Kinder.

Inzwischen ist daraus eine Gemeinschaftsaufgabe von ASF und evangelischer Trinitätsgemeinde geworden.

Die Beliebtheit dieser Einrichtung wird bei Kindern verschiedenster Nationalität immer größer. Leider hält die Zahl der Mitarbeiter mit dieser Entwicklung nicht Schritt. Hier mangelt es im Moment leider an Mitarbeitern.

Daher die Bitte: Wer Zeit und Lust hat, an einem oder zwei Nachmittagen in der Woche mit Kindern zu arbeiten, zu spielen oder zu basteln, der ist herzlich willkommen!

Wer Interesse hat, wende sich

bitte an Gudrun Bauer, Geislarer Straße 21 in Beuel (Tel.: 471357) oder an die Redaktion.

Wermitteln will, kann aber auch einfach mal vorbeikommen und sich an Ort und Stelle informieren. Die Hausaufgabenhilfe findet montags und mittwochs von 15 bis 17 Uhr in den Räumen der evangelischen Trinitatisgemeinde in der Brahmstraße statt.

Josef Strunck gestorben

Im September ist der Ehrenvorsitzende des Ortsausschusses Endenich, Josef Strunck, gestorben.

Josef Strunck war 23 Jahre lang Vorsitzender des Ortsausschusses. In seiner Amtszeit sind viele Einrichtungen für Endenich geschaffen worden.



Die Sporthalle an der Rückumstraße und der Sport- und Erholungspark im Burggelände sind der sichtbare Ausdruck seines unermüdbaren Bemühens um Endenich.

Über zwei Jahrzehnte hat Josef Strunck als Ortsausschussvorsitzender in vertrauensvoller und ausgleichender Art mit den Vertretern der politischen Parteien, der Kirchen, der Schulen und der vielen Endenicher Vereine zusammengearbeitet.

Josef Strunck hat der Arbeit des Ortsausschusses immer neue Impulse gegeben. Ihm ist es auch zu verdanken, daß die Bürger in Endenich, anders als in vielen anderen Stadtteilen und Wohngebieten, ein besonders ausgeprägtes Zusammengehörigkeitsgefühl untereinander und auch mit ihrem Ortsteil empfinden.

Der geborene Rheinländer Josef Strunck war der Initiator des seit vielen Jahren stattfindenden Veedelszochs in Endenich, der sich von Jahr zu Jahr immer größerer Beliebtheit bei der Bevölkerung erfreut.

Ein besonderes Anliegen von Josef Strunck konnte zu seinen Lebzeiten leider nicht mehr verwirklicht werden. Er wollte ein Buch über die Geschichte Endenichs, das bereits geschrieben ist, herausgeben. Für die notwendigen Druckkosten sammelt der Ortsausschuß seit einiger Zeit. Die Redaktion bittet alle Leser, den Dank der Endenicher für Josef Strunck dadurch sichtbar zu machen, daß das Erscheinen des Buches durch viele Spenden möglichst bald gesichert ist. Nähere Einzelheiten können bei der Redaktion oder beim Ortsausschuß erfahren werden.

Die Bürger Endenichs haben diesem Mann, der sein Amt gerecht und überparteilich ausgeübt hat, sehr zu danken. Sie trauern um ihren "Bürgermeister".

Zu Ehren von Josef Strunck wird sich die SPD in der Bezirks-

vertretung Bonn für die Umbenennung der Sporthalle an der Rückumstraße in "Josef-Strunck-Halle" einsetzen.

Dieter Witte
Stadtverordneter und Vorsitzender der Endenicher SPD

203 zusätzliche Ausbildungsplätze

Landesverwaltung bildet im handwerklichen und bürotechnischen Bereich aus

Die SPD hat von der Bundesregierung konkrete Massnahmen zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit gefordert. Dort, wo sie selbst die Verantwortung trägt, hat sie bereits gehandelt: In Nordrhein-Westfalen wird nicht nur geredet.

Zur Verbesserung der Ausbildungsplatzsituation hat der Haushalts- und Finanzausschuß des Landtages auf Initiative der SPD-Landtagsfraktion die Einrichtung von 203 zusätzlichen Ausbildungsplätzen in allen Bereichen der Landesverwaltung beschlossen. Es sollen Ausbildungsqualifikationen im handwerklichen und bürotechnischen Bereich vermittelt werden.

Insgesamt sind damit vom Land, wie der Sprecher der SPD-Landtagsfraktion für personalwirtschaftliche Angelegenheiten, Reinhold Irinius, mitteilte, in diesem Jahr 9.961 Ausbildungsplätze in privatrechtlichen Ausstellungsverhältnissen zur Verfügung gestellt worden. Gegenüber dem ohnehin schon hohen Sockel aus dem Jahr 1981 ist das eine Zunahme um rund 1.500 Ausbildungsplätze.

Darüberhinaus sind im Haushalt 1984 noch 28.743 Stellen für Beamte im Vorbereitungsdienst vorgesehen. In bestimmten Bereichen (Finanzverwaltung) wurden da-

bei über den geschätzten Bedarf hinaus zusätzliche Stellen für Anwärter geschaffen, so daß dort das Ausbildungsplatzangebot dieses Jahr um rund 50% aufgestockt wurde.

Im Hinblick auf die engen haushaltspolitischen Handlungsmöglichkeiten wertete Reinhold Irinius den Beschluß als Beweis für den hohen gesellschaftlichen Stellenwert, den die SPD der Ausbildungsplatzfrage beimißt. Gerade in der jetzigen verschärften Situation auf dem Ausbildungsmarkt müsse der Staat bis an die Grenzen seiner Möglichkeiten gehen und dürfe nicht allein den späteren Bedarf zum Maßstab seiner Ausbildungspolitik machen.

Außerdem, so Reinhold Irinius weiter, werde die Landesregierung ihr schon bewährtes Programm zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit und zur Schaffung von Ausbildungsplätzen mit einem Gesamtbetrag von über 200 Millionen Mark auch 1985 fortsetzen.

Ein Dach für die Burg?

Wird der Innenhof der Endenicher Burg endlich einen Witterschutz bekommen, der es ermöglicht, Veranstaltungen im Freien durchzuführen, ohne bei jedem Schauer gleich baden zu gehen?

Dieter Witte und der Bezirksverordnete Klaus Stöppler hatten einen entsprechenden Prüfungsauftrag in der Bezirksvertretung eingebracht. Die Antwort der Verwaltung liegt jetzt vor.

Die Verwaltung sieht die Möglichkeit, eine Gesamtfläche von ca. 200 Quadratmetern des Innenhofes mit einer mobilen Zeltdachkonstruktion zu überdachen.

Die nach Meinung der Verwaltung relativ einfache auf- und abzubauen Konstruktion würde etwa 40.000 DM kosten.

Da die Endenicher Burg unter Denkmalschutz steht, wird die Verwaltung Erkundigungen einholen, ob seitens des Landeskonservators Bedenken bestehen.

Die SPD hat inzwischen den Antrag gestellt, wenn keine Bedenken bestehen, die erforderlichen Mittel in den Haushalt 1985 einzustellen.

Damit könnte ein lange gehegter Wunsch der Endenicher endlich in Erfüllung gehen!

FÜR DEN FRIEDEN GEGEN EINE INTERVENTION

Zentrale Demonstration der Friedensbewegung zu Nicaragua
Samstag, 3. November in Bonn



Erscheinungsweise:
Jeden zweiten Monat

Auflage: 7.200
Druck: Eigendruck

Herausgeber:
SPD-Stadtratsfraktion
in Zusammenarbeit mit dem
SPD-Ortsverein Bonn-West

Redaktion:
Klaus Stöppler (verantw.)
H. Baumann, U. Berger-Juling,
A. Büchner, W. Carl, G. Haas,
G. Roth

Redaktionsanschrift:
ROTKEHLCHEN c/o Klaus Stöppler
Weberstraße 55 5300 Bonn 1
Telefon: 225156